

Haushaltsrede der CDU-Fraktion

zum Entwurf des Haushaltsplanes 2021

- Fraktionsvorsitzender Clemens Jäger –

Vorbemerkung:

Kommunale Finanzen leiden unter Corona-Krise

Der Entwurf des Haushaltsplanes 2021 ist in seinen Einnahmen und Ausgaben keine belastbare Planungsgrundlage für das nächste Jahr. Die Auswirkungen der aktuellen Krise sind längerfristig nicht wirklich mit ihren Effekten auf die kommunalen Finanzen einzuschätzen.

Wie im ablaufenden Jahr 2020 werden die Kreise, Städte und Gemeinden auch im nächsten Jahr auf Unterstützung durch Bund und Land angewiesen sein. Für 2020 hatte der Hessische Finanzminister Michael Boddenberg bereits Anfang Oktober eine Gewerbesteuerkompensationsleistung in Höhe von rund 4,7 Mio. Euro festgesetzt.

Wir gehen zuversichtlich davon aus, dass der Bund und das Land Hessen die Kommunen auch im nächsten Jahr finanziell unterstützen und damit die kommunale Selbstverwaltung in schweren Zeiten nachhaltig stützen.

Vor diesem Hintergrund hat sich die CDU-Fraktion zwar intensiv mit dem vorgelegten Zahlenwerk beschäftigt, dabei aber nie aus dem Blick verloren, dass dieses eigentlich nur als vorläufig bezeichnet werden kann und wir die Finanzen unserer Stadt im nächsten Jahr scharf im Auge behalten müssen.

Wir haben uns deshalb bei unseren Änderungsanträgen auf wichtige und zukunfts-trächtige Maßnahmen und Themen beschränkt. In dieser gesamten Wahlperiode, die mit der Kommunalwahl am 14. März 2021 zu Ende geht, haben wir mit allen Anträgen und Initiativen auf einen politischen Gestaltungswillen gesetzt, der dieser Stadt in möglichst allen Bereichen eine gute und sichere Zukunft bringen könnte und sich im Zahlenwerk eines jeden Haushalts spiegeln muss.

Aktuelles Defizit: Besondere Wachsamkeit im nächsten Jahr geboten

Das ordentliche Jahresergebnis liegt derzeit bei knapp über 6 Mio. Euro Defizit. Wir sind mit dem Kämmerer der Meinung, dass Prognosen und Orientierungsdaten zu den wesentlichen kommunalen Einnahmen im Moment sehr schwierig sind. Das gilt nicht nur für die nächsten beiden Jahre 2022 und 2023, sondern sicher darüber hinaus.

Die CDU fordert seit Jahren, dass Sparpotentiale in jedem Haushalt konsequent aus zu nutzen. Damit kein falscher Eindruck entsteht: die CDU-Fraktion plädiert nicht für ein Sparen um jeden Preis, unsere Stadt muss sich entwickeln und Aufgaben sowie neuen Herausforderungen begegnen können. Aber: jede Ausgabe muss auf Notwendigkeit und Angemessenheit geprüft werden.

Wir erwarten, dass der Magistrat zur weiteren Entwicklung der städtischen Finanzen im Jahr 2021 die Stadtverordnetenversammlung fortlaufend und umfassend informiert. Wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder an die Informationspflicht erinnern müssen.

Gerade bei der Finanzpolitik im Allgemeinen und zu Haushaltsberatungen im Besonderen sind Informationen grundlegend und wichtig. Der Bürgermeister hat bereits zu Beginn seiner Amtszeit erklärt, dass er, z.B. das damals neue und im Aufbau befindliche Berichtswesen sukzessive weiter entwickeln will. Zugestandenermaßen sind in den letzten Jahren auch weitere Informationen dazu gekommen, aber wesentliche und wichtige Teile eines vernünftigen und angemessenen Informationssystems für eine umfassende Kenntnisnahme der Gremien fehlen immer noch.

Die Hilfen des Landes Hessen (Beitrag zur Gebührenfreiheit für Kindergärten, der Kommunale Finanzausgleich (KFA), das Kommunale Investitionsprogramm (KIP) und die Hessenkasse (Schuldenabbau) stärken in schwieriger Zeit die städtischen Finanzen.

Mit Sorge beobachten wir die fortlaufenden Defizite, auch wieder im Jahr 2021, der Stadtwerke und beim Waldwirtschaftsplan.

Wir sehen Gefahren und Risiken, weil kein Versuch unternommen wird, Einsparpotentiale zu erschließen, die Ausweitung des Stellenplans dauerhafte Mehrbelastungen bringt, keine ausreichende Vorsorge für vorhandene Infrastruktur, für deren Erhalt und Ausbau und die Finanzierung in Teilen verdeckt über Gebühren erfolgt.

Bewertung: Themen des Haushaltsplanes 2021

Sanierung der Verkehrsinfrastruktur (Straßen) und Vorzeigeprojekt „Am Wasserturm“

Die CDU-Fraktion lehnt die Einführung einer Straßenbeitragssatzung entschieden ab. Das enthebt die Stadt Rodgau deshalb aber nicht, für den ordnungsgemäßen Zustand ihrer Straßen zu sorgen, viele unserer Straßen sind sanierungsbedürftig.

Wir halten eine Neuplanung „Umgestaltung am Wasserturm“ für einen Gesamtbetrag jenseits von drei Mio. Euro für überzogen. Deshalb unser Haushaltsantrag, in dem der Magistrat aufgefordert wird, eine Neuplanung vorzulegen, die ausschließlich folgende Punkte beinhaltet:

1. Ertüchtigung und Gestaltung der Freifläche neben dem Friedhof als Parkplatz
2. Ertüchtigung und Ausbau der Gehwege entlang der Straße bis zum Wasserturm
3. Pflege und Ordnung der bestehenden Grünflächen
4. Neugestaltung des Spielplatzes an der Fußgängerbrücke

Die Flächen am Wasserturm und am Friedhof bedürfen wie auch die Zufahrtsstraße einer Neugestaltung und damit der tatsächlichen und optischen Aufwertung. Dabei sollten aber die Maßnahmen und die Kosten in einem angemessenen Rahmen bleiben. So ist z.B. der Bau eines Parkdecks planerisch und finanziell vollkommen überzogen, auch der Bau eines Veranstaltungspavillons passt dort nicht in den öffentlichen Raum und ist zu teuer.

Der Magistrat sollte deshalb die ursprüngliche Planung massiv eindampfen, die vier, im Antrag genannten Punkte, die realisiert werden sollen, reichen, um eine ansprechende und werthaltige Ausführung zu schaffen und dabei die Kosten in einem vertretbaren Rahmen zu halten.

Die „eingesparten“ Mittel sollten für weitere dringend notwendige Straßensanierungen verwandt werden.

Wirtschaftsförderung

In Rodgau wird keine gezielte Wirtschaftsförderung, sondern eigentlich städtisches Eventmanagement betrieben. Unsere Forderung ist deshalb nach wie vor: nicht einseitig auf Events und vordergründige öffentliche Schaulusteffekte setzen, sondern substantielle Unterstützung geben. Eine gezielte Wirtschaftsförderung, die diesen Namen verdient fehlt nach wie vor.

Kosten-/Leistungsrechnung

Die Kosten- und Leistungsrechnung, so sagt es der §14 der GemHVO „*ist zur Unterstützung der Verwaltungssteuerung und für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit bei der Aufgabenerfüllung zu führen*“.

Bei allem Verständnis für die vielfältigen Aufgaben des Magistrates: die Stadtverordnetenversammlung wartet jetzt schon sehr lange darauf, dass der städtische Haushalt um die Kosten- und Leistungsrechnung ergänzt wird.

Grünpflege und das Erscheinungsbild der Stadt

Auch wenn sich die städtischen Gremien in den vergangenen Jahren immer wieder mit diesem Thema beschäftigt haben, gibt es aus unserer Sicht nach wie vor Defizite, die abzustellen sind. Der öffentliche Raum in Gestalt von Straßenbegleitgrün; Kinderspielplätzen und Grünanlagen muss beispielhaft auch für die Bürgerinnen und Bürger sein – Vermüllung, Dreck und mangelnde Pflege sind keine Empfehlung für unsere Stadt.

Auch jenseits der Optik ist es selbstverständlich eine städtische Aufgabe, das Gemeindegut zu pflegen und auch sichtbar ordentlich zu halten – das ist in Rodgau ganz sicher nicht immer durchgängig so.

Auf der anderen Seite hat die Mehrheit dieses Magistrates in den letzten Jahren einen hohen sechsstelligen Betrag für Grünflächenmanagement ausgegeben, ohne jeden sichtbaren Erfolg und nachmessbares Ergebnis.

Auch die Pläne zum Alten Friedhof in Nieder-Roden ruhen sanft. Bis hin zur Bürgerbeteiligung wurden hohe Erwartungen geweckt, geschehen ist bis heute nichts.

Zentrum um das Rathaus

Das einstige Vorzeigeprojekt, ein „Konsumtempel“ bei Kirche und Rathaus, ist kläglich gescheitert. Nun sind Magistrat und Mehrheit wohl die Ideen ausgegangen oder das Thema erscheint zu mühsam. Die abgeräumten Flächen liegen jetzt seit Jahren brach.

Es ist höchste Zeit, sich erneut Gedanken zu machen, wie das Zentrum unserer Stadt sich entwickeln kann. Die Rahmenbedingungen sind für die CDU dabei klar: Einbindung aller Betroffenen, vernünftige, angepasste Nutzungskonzepte unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit, eine begleitende Verkehrsuntersuchung (Ziel- und Quellverkehr), die Integration von Wohnungen und eine städtebauliche Gesamtbetrachtung auch unter dem Aspekt verträglicher Innenverdichtung.

Wir stehen für eine Entwicklung des Zentrums in unserem Stadtteil Jügesheim. Wir wollen aber die Entwicklung der anderen Stadtteile nicht vernachlässigen oder ganz aufgeben. Es heißt für uns nicht Zentrum und Peripherie, es heißt für uns nicht entweder oder, sondern es heißt für uns ganz klar: sowohl als auch.

Wichtig: Das sind Themen der CDU

Stadtentwicklung, städtebaulicher Rahmen

Wir haben zu diesem Haushaltsentwurf wieder den Antrag gestellt, für die Erstellung eines Gesamtkonzeptes zur Stadtentwicklung Mittel bereit zu stellen. Damit soll ein externer Dienstleister beauftragt werden. Insbesondere soll dabei auch die Innenverdichtung auf größeren Flächen Bestandteil sein.

Mit dem integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept „Zwischen Rodgau und Rodgausee“ ist ein einzelner Bereich der Stadt in Dudenhofen jetzt Teil des Förderprogrammes Stadtumbau in Hessen.

Es ist aber dringend geboten, eine umfassende Gesamtperspektive für die Zukunft unserer Stadt zu entwickeln und den Fokus nicht nur auf die Realisierung neuer Baugebiete zu konzentrieren. Es muss für Rodgau insgesamt einen Masterplan mit Zielperspektive bis mindestens für das Jahr 2030 erarbeitet werden. Rodgau muss überall und für alle Einwohner attraktiv bleiben und den zukünftigen Herausforderungen und Notwendigkeiten angepasst werden.

Dabei sind einige wichtige Schlagworte die Aufwertung der Altortslagen, die Quartiers- und Stadtteilentwicklung, die Innenverdichtung, bestehende Bebauungspläne, weitere bebaubare Flächen, die gesamtstädtische Freiraumqualität, die Sicherung und den Ausbau der notwendigen städtischen Infrastruktur sowie die Einbeziehung des Verkehrs- und Mobilitätskonzeptes, aus dessen Ergebnissen Maßnahmen umgesetzt werden müssen.

Neben der Erstellung einer Struktur und der Inhalte eines solchen Konzeptes „Rodgau 2030“ ist es ebenfalls wichtig, von Anfang an klare Beteiligungsregelungen festzulegen, um neben Politik und Verwaltung, auch z.B. die örtliche Wirtschaft, Vereine und Verbände sowie interessierte Bürger einzubinden.

Ein wichtiges Kriterium für uns ist, dass Wohnbebauung, die in Neubaugebieten entsteht, zu Rodgau passt, d.h. konkret ein Mix aus Ein- und Zwei-Familien-Häusern, Reihenhäusern, Doppelhäusern und Geschosswohnungsbau.

Städtische Förderprogramme (z.B. Junge Familien mit Kindern, Mehrgenerationenprojekte) und sozial geförderter Wohnraum können gezielt Unterstützung geben.

Trotz des erheblichen Kraft- und Zeitaufwandes für das Neue, darf aber die Entwicklung der Altortslagen nicht vernachlässigt werden. Stichwort Innenverdichtung: Bauprojekte müssen sich in die vorhandene Bebauung einfügen. Nicht alles was zulässig ist, ist auch angemessen und verträglich!

Verkehrskonzept, Generalverkehrsplan

Nachdem die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung zur Verlängerung der Rodgau-Ring-Straße im Oktober 2020 endlich vorgestellt worden sind, ist deutlich, dass der Bau von Rodgau-Ring-Straße und Durchstich Hainhausen unabdingbarer Bestandteil einer vernünftigen, zukunftsfähigen Verkehrsplanung unter Einbeziehung der Neubaugebiete wie Rodgau-West, N39, H17, D24 und W18 sein muss.

Durch den Verzug bei der Vorlage der Verkehrsuntersuchung mit Blick auf Bau- und Genehmigungszeit wie auch auf zu beantragende Fördermittel für die beiden Projekte und dem Stand der Planungen bzw. der Realisierung der Baugebiete müssen bereits 2021 Mittel eingestellt werden, um handlungsfähig zu sein.

Wir sind offen für eine Diskussion über ein umfassendes, modernes Mobilitätskonzept. Beim Thema Verkehr sind zukünftig viele Entwicklungen denkbar, sowohl für den Individualverkehr wie für den ÖPNV.

Deshalb: für neue Baugebiete gilt: Flächen für Parkplätze, die nicht gebraucht werden, lassen sich später anderweitig nutzen. Parkplätze, die nicht vorhanden sind, aber gebraucht werden, fehlen.

Die Sanierung unserer Straßen, die Bauunterhaltung muss über das Momentane hinaus eine höhere Priorität erhalten. Die Stadt muss mehr Mittel bereitstellen. Magistrat und Mehrheit haben dieses Thema über Jahre ignoriert, jetzt gibt es erheblichen Handlungsbedarf in allen Stadtteilen. Nach klaren Prioritäten (Liste) und mit Zeitplan aber ohne Straßenbeitragssetzung.

Wir wollen für die Erstellung eines Parkraumbewirtschaftungskonzeptes in diesem Haushalt Mittel bereitstellen. Die teilweise prekäre Parksituation, insbesondere in den Altortslagen, muss besser geordnet und nachhaltig entspannt werden.

Kommunale Steuern und Gebühren

Wer, wie Magistrat und Mehrheit in den vergangenen Jahren Grund- und Gewerbesteuern erhöht, muss auch bereit sein, wenn möglich, mit Steuersenkungen den Bürgern etwas zurückzugeben, schließlich zahlen die Bürgerinnen und Bürger die Zeche.

Wir bleiben bei unserer Meinung: überzahlte Gebühren sollen nach Gebührenart in Rücklagen eingestellt und bei Überschüssen der Bürgerschaft durch Gebührensenkung zurückgegeben werden. Dies geschieht auch in diesem Haushalt wieder nicht.

Ortsbeiräte

Die Abschaffung der Ortsbeiräte war und ist aus Sicht der CDU ein schwerer Fehler. Eine Stadt mit lebendigen Stadtteilen und einer engagierten Bürgerschaft braucht auch für diese Stadtteile eine klar bestimmte politische Vertretung, eine Stimme in der kommunalen Politik. Das waren die Ortsbeiräte.

Dabei sind wir nicht blauäugig. Es ist nach über 30 Jahren richtig und geboten, Möglichkeiten der Verbesserung einzuführen. Ein klares Ja zu den Ortsbeiräten, einhergehend mit Verkleinerung, mehr Kompetenzen und Budgetrecht. Ortsbeiräte also mit echten Aufgaben, das hätte ganz sicher die kommunale Demokratie belebt und gestärkt.

Unterstützung in der Pandemie

Um Kulturveranstalter, Vereine und Verbände in Rodgau aktuell zu unterstützen, wollen wir im Haushaltsplan 2021 250.000,00 Euro bereitstellen. Wir wollen den Magistrat beauftragen, Förderregeln für die Unterstützungsmaßnahmen zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Sitzung am 08.02.2021 zur Beschlussfassung

vorzulegen. Die Fördersummen sollen für jeden Empfänger und pro Veranstaltung begrenzt werden.

Die Unterstützung sollen alle Rodgauer Kulturveranstalter, Vereine und Verbände, auch Einzelpersonen, erhalten können für nachweisbar bereits geplante und dann abgesagte Veranstaltungen kultureller Art, für die Kosten entstanden bzw. Einnahmen verloren gegangen sind.

Der Magistrat wird ermächtigt, die Maßnahmen bereits im Vorgriff auf den Haushaltsplan zu beginnen und Haushaltsmittel zu verausgaben.

Um Einzelhandel, Dienstleistungsbetriebe, die vom Lockdown betroffen sind und Gastronomie in Rodgau zu unterstützen, wollen wir im Haushaltsplan 2021 ebenfalls 250.000,00 Euro bereitstellen.

Der Magistrat wird beauftragt, u.a. im Zusammenwirken mit der Plattform Rodgau helfen, eine Gutschein-Card „45=50“ zu etablieren sowie alle notwendigen Modalitäten und die Vertriebswege zu klären und festzulegen. Wer einen Gutschein im Wert von 50,00 Euro erwirbt, muss nur 45,00 Euro zahlen. Die Differenz trägt die Stadt Rodgau.

An dieser Aktion sollen alle Rodgauer Einzelhändler und Gastronomiebetriebe teilnehmen können. Die Aktion wird bis zum 30.06.2021 befristet bzw. bis zur Ausschöpfung der Haushaltsmittel.

Der Magistrat wird ermächtigt, die Maßnahmen bereits im Vorgriff auf den Haushaltsplan zu beginnen und Haushaltsmittel zu verausgaben.

Bürgerfreundlicher Internetauftritt der Stadt Rodgau

Im Haushaltsplan 2021 werden zur Neugestaltung des städtischen Internetauftritts mit dem Ziel, auch vermehrt digitale Angebote zu ermöglichen, 25.000,00 Euro bereitgestellt.

Damit sollen die konzeptionellen Grundlagen geschaffen werden, um zukünftig vermehrt Dienstleistungen für die Bürgerschaft auf elektronischem Weg zu ermöglichen.

Der Magistrat wird beauftragt, das Konzept im Verlauf des zweiten Halbjahres 2021 der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung vorzulegen.

Wir können uns u.a. auch die Online-Anmietung städtischer Räume, eine betriebswirtschaftliche Rechnung bei den Hallengebühren, Kultursäulen und Nachbarschaftstafeln vorstellen. Diese Initiativen hat uns die Mehrheit schon in den letzten Jahren mehrfach abgelehnt.

ERGEBNIS

Am Ende sehen wir, bezogen auf unsere Vorstellungen und Ansprüche, in diesem Haushalt, wie er in den vergangenen Wochen beraten worden ist und heute zur Beschlussfassung steht, unzureichende Perspektiven.

Mit diesem Etat wird zu vieles, das wir ablehnen und zu wenig das wir wollen, ermöglicht, die CDU-Fraktion lehnt die Drucksache deshalb ab.